

Frieden im Knast

Justizminister Luc Frieden will sich nun anscheinend doch mit einer Häftlingsdelegation aus dem Knast in Schrassig treffen. Dies hat er am Dienstag in einem RTL-Interview angekündigt. In den vergangenen zwei Jahren sei die Zahl der Gefangenen um 70 Prozent auf rund 580 Insassen angestiegen. Um das Problem der Überbelegung zu bewältigen, sollen nun hundert weitere Unterbringungsmöglichkeiten in einem alten Trakt geschaffen werden. Für "illegale Einwanderer" ist ein gesonderter Bereich in Schrassig geplant.

Die plötzliche Aktivität des Ministers hat nach seinen Worten jedoch nichts mit dem angedrohten Generalstreik der Gefangenen zu tun, von deren offenen Brief wir in der vergangenen Woche berichtet hatten.

Bis zum kommenden Dezember sollen überdies 13 zusätzliche GefängniswärterInnen eingestellt werden. Wie ein Vertreter der SchließerInnen im RTL-Fernsehen sagte, ist dies nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Insgesamt würden mindestens 50 neue AufseherInnen benötigt.

Ob Luc Frieden sich mit diesen Ankündigungen aus der Affäre ziehen kann, bleibt abzuwarten. Denn die Gefangenen hatten in ihrem Brief betont, dass die unmenschliche Situation in Schrassig nicht nur eine Frage des Personals und der Gefängnisbudgetierung sei.

Frieden im Krieg

Verteidigungsminister Luc Frieden hat während seines Antrittsbesuchs bei der Armee Anfang dieser Woche klar gemacht, wohin er die großherzogliche Truppe zu führen gedenkt. "Wir können nicht von der Stabilität in der Welt profitieren, ohne unseren Beitrag zu leisten", sagte er vor JournalistInnen.

Eine seiner ersten Amtshandlungen war es folglich, die Abgeordnetenkammer um eine Verlängerung der ISAF-Mission in Afghanistan sowie um eine Bewilligung der neuen Mission Althea in Bosnien-Herzegowina zu bitten. Wie in der Regierungserklärung angekündigt, wird außerdem das Militärbudget auf 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts angehoben, was dem EU-Durchschnitt entspreche. Bereits seit längerem lässt Luxemburg keinen Zweifel daran, dass es auch militärisch ein vollwertiger "european player" werden will. Oder, wie Frieden es formuliert: Luxemburg könne nicht Mitglied der EU sein, ohne an Friedensmissionen teilzunehmen. Schließlich gelte es, "den Gefahren der Welt Antworten entgegenzusetzen".

Wie diese Antworten aussehen können, wird derzeit in einem "Manöver" gemeinsam mit belgischen und französischen Truppen ausprobiert. Und so kann sich der Kommandeur Lieutenant-Colonel Gaston Reinig denn auch an Übungstypen freuen, "die in Luxemburg schon lange", seit dem Ende des Kalten Krieges nämlich, "nicht mehr statt gefunden haben".

Ran an die Pakete

Global player haben das Zeug, nationale Regierungen unter Druck zu setzen. Man könnte das Ganze auch Erpressung nennen - oder aber die Aussicht auf eine reichhaltige Bescherung. Je nachdem von welchem Blickwinkel man das globale Spiel betrachtet. Das deutsche Unternehmen DHL droht der belgischen Regierung damit, die europäische Drehscheibe für seinen Kurierdienst in Brüssel zu schließen. Und winkt gleichzeitig der ostdeutschen Stadt Leipzig damit, diesen Ort für die Neueinrichtung eines Verteilzentrums auszuwählen. Dass damit Tausende von Arbeitsplätzen verbunden sind, wiegt im strukturschwachen Ostdeutschland besonders schwer. Wer das Rennen machen wird, ist noch unklar, da sich die belgischen Behörden bislang nicht auf die von DHL geforderte Erhöhung der Nachtflüge auf 34.000 pro Jahr (derzeit sind 25.000 erlaubt) einigen konnten. Dies sowie der Autounfall des belgischen Premiers am Dienstag inspirierte die Leipziger Volkszeitung zu dem kämpferischen Titel: "Leipzig wirft Belgiens Premier aus der Bahn" . Zudem freut man sich in der deutschen Presse darüber, dass am Flughafen in Leipzig/Halle im Gegensatz zum Brüssel Zaventem kein Nachtflugverbot gilt. Die versprochenen Arbeitsplätze könnten also wirklich in Deutschland und nicht in der EU-Hauptstadt entstehen.

*In der Opposition hatte sich Jeannot Krecké nie richtig wohl gefühlt. Nun kann er als Minister das tun, was ihm am meisten liegt: Pragmatische Lösungen entwickeln und umsetzen.*

*(Foto: Christian Mosar)*

JEANNOT KRECKE

"Erwirtschaften, um zu verteilen"

**woxx: Sie reihen zurzeit die Prospektionsreisen aneinander. Lassen sich ausländische Firmenbosse leichter anlocken, wenn Sie ihnen persönlich erklären, wie niedrig die Unternehmenssteuern in Luxemburg sind?**

**Jeannot Krecké:** Dass man mit einer konfiskatorischen Fiskalität die Geschäftspartner vergaulen würde, ist klar. Doch unser Hauptargument sind nicht die Steuervorteile. Eine rezente Studie zeigt, dass wir im Mittelfeld der EU-Mitgliedstaaten liegen, was die Unternehmensbesteuerung angeht. Wir haben andere Vorteile auszuspielen. Für viele Firmen ist Luxemburgs zentrale Lage in Europa ein wichtiges Argument. Entwicklungsabteilungen von Großunternehmen kommen hierher, weil wir Investitionen in die Forschung mit, 40 Prozent und mehr bezuschussen.

**Auch da locken wir wieder mit Geld.**

Es gibt viele Standortvorteile, die nichts mit Geld zu tun haben. Zum Beispiel die politische Stabilität, der soziale Frieden und der direkte Zugang zu den politischen Instanzen. Auch die Sprachkenntnisse der Luxemburger Bevölkerung sind ein Vorteil. Und dann, insbesondere für US-Firmen, das Gefühl der Sicherheit, das ihre Mitarbeiter hier haben. In vielen anderen europäischen Ländern fühlen sie sich vom Terrorismus bedroht.

**Welche Firmen wollen Sie denn nach Luxemburg ziehen?**

Meine USA-Reise dient dazu, Zulieferbetriebe aus dem Automobilsektor anzusprechen. Ein Beispiel für das, was wir suchen, ist die Firma Delphi: Hightech, viel Forschung und Entwicklung, hoher Mehrwert, umweltfreundliche Technologie. Oder der E-Commerce: AOL, Microsoft und Apple bieten ihre Dienstleistungen bereits von Luxemburg aus an. Derzeit sind sie vor allem wegen der niedrigen Mehrwertsteuer hier. Wenn wir sie gut be-

treuen in Sachen Infrastruktur, bleiben sie.

**Solche Firmen schaffen aber kaum Arbeitsplätze für unqualifizierte ArbeitnehmerInnen.**

Wir suchen ja nicht nur Hightech-Unternehmen. Dass aber morgen eine Fabrik mit 5.000 Arbeitsplätzen nach Luxemburg kommt, das ist illusorisch. Unsere Gesprächspartner erklären uns, es mache keinen Sinn, eine größere Produktionseinheit in Luxemburg anzusiedeln. Es fehlen die spezialisierten Arbeitskräfte in großer Zahl, und vor allem sind die Löhne zu hoch. Diversifizierung heißt viele verschiedene Betriebe ansiedeln, vorzugsweise kleine und mittlere Unternehmen. Dadurch entstehen Arbeitsplätze für alle Qualifikationen.

**Reicht das, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen?**

Wir schaffen wesentlich mehr neue Arbeitsplätze als alle Länder um uns herum. Es stimmt, dass viele dieser Jobs von Grenzgängern besetzt werden, weil den Arbeitslosen aus Luxemburg manchmal die Qualifikation fehlt. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich weiter verbessert, werden noch

mehr Arbeitsplätze entstehen und die Arbeitslosigkeit wird zurückgehen.

**Vor den Wahlen hatten Sie gesagt, es sei wichtig, dass die LSAP in die Regierung komme. Schwierige Entscheidungen in Sachen Sozialstaat stünden an.**

Wir werden nicht daran vorbei kommen, uns zum Beispiel mit der Lissabon-Strategie auseinanderzusetzen, die den europäischen Wirtschaftsraum zum wettbewerbsfähigsten der Welt machen soll. Dazu gehört zum Beispiel eine gewisse Erwerbsquote, die Luxemburg derzeit nicht erreicht.

**Woran liegt es, dass der Anteil der Beschäftigten in Luxemburg besonders niedrig ist?**

Zum Teil kommt das von der relativ niedrigen Frauenerwerbsquote. Vor allem aber arbeiten die Menschen hier weniger lang. Ausländische Experten kritisieren, unsere Vorruhestandsregelungen würden nicht den Vorgaben der Agenda entsprechen. Entweder passen wir uns den Vorgaben an oder wir gehen weiterhin unseren eigenen Weg. Das Problem wird sein, den EU-Institutionen das zu erklären.

Zur Person:

Einen Namen machte sich Jeannot Krecké in den 70er Jahren als Fußballnationalspieler und in den 90ern als Steuerberater. Seine politische Karriere begann 1981 als Gemeinderatsmitglied in Kopstal. Vorläufiger Höhepunkt für den 54-jährigen LSAP-Politiker: seine Ernennung zum Wirtschafts-, Außenhandels- und Sportminister im Juli dieses Jahres. Man sagt Jeannot Krecké einen guten Draht zu Wirtschaftskreisen, aber auch zu UmweltschützerInnen nach. Der Prospektionsmarathon, den er sich derzeit zumutet, dürfte nicht weniger anstrengend sein als seine Spitzbergen-Umrundung 1992 im Segelschiff. Zwischen zwei Reisen kann er sich im meistbegehrtesten Büro des Luxemburger Staatswesens, auch als "Penthouse" bekannt, erholen und die splendide Aussicht über die Dächer der Oberstadt genießen.

**Für welche der zwei Möglichkeiten plädieren Sie?**

Wir sollten weiter unseren eigenen Weg gehen, damit sind wir gut gefahren. Allerdings haben die Experten Recht: Länger studieren, früher in den Ruhestand und eine höhere Lebenserwartung - auf Dauer kann diese Rechnung nicht aufgehen.

**Was halten Sie von der Forderung, die Arbeitszeiten in Europa müssten generell verlängert werden, um mit den USA mitzuhalten?**

Das sehe ich nicht so. Das mag in bestimmten Ländern angebracht sein, aber als pauschale Antwort halte ich das für simplistisch. Statt mehr zu arbeiten kann man ja auch versuchen, die Produktivität zu steigern.

**Sind die Reformen des sozialdemokratischen Kanzlers Gerhard Schröder für Sie ein abschreckendes Beispiel oder ein Vorbild?**

Reform scheint mittlerweile zu einem Unwort geworden zu sein. Ich maße mir nicht an, über die Reformbestrebungen der deutschen Regierung zu urteilen. In Luxemburg haben wir das Glück, noch über staatliche Ressourcen zu verfügen, um Finanzierungsprobleme aufzufangen. Das ist in Deutschland anders. Die rot-grüne Regierung betreibt ja die sozialen Einschnitte nicht aus Freude an der Sache, sondern weil die Finanzierung des Sozialstaates nicht mehr aufgeht. Wenn man darüber nachdenkt, sieht man, es ist sinnvoll, was sie machen.

**Sie sind langjähriges Mitglied der LSAP. Werden sie Ihrer Wirtschaftspolitik einen sozialistischen Stempel aufdrücken?**

Wenn man es schafft, viel zu erwirtschaften, dann kann man ein soziales Netz finanzieren, das man sich sonst nicht leisten könnte. Bei der Kranken- wie bei der Rentenversicherung bietet Luxemburg höhere Leistungen für niedrigere Beiträge als in anderen Ländern. Die Wohnungsbeihilfen, die höheren Löhne und die niedrigeren Steuern kommen allen zugute. Der Reichtum, der insbesondere im Finanzsektor erwirtschaftet wurde, wurde auf die Gesamtbevölkerung umverteilt. Das ist das sozialistische oder soziale Element. Doch bevor man den Reichtum verteilt, muss er erst erwirtschaftet werden.

**Ist es gleichgültig, unter welchen Bedingungen? Auch auf Kosten der Umwelt, mit allen Folgen die das hat?**

Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen. Wenn wir eine saubere Umwelt wollen, keine Industrie in unserer Nachbarschaft, keine Mülldeponie, keine Straße, dafür aber ein großes Grundstück und ein gutes Gehalt, um ein schönes Haus drauf zu bauen - das geht nicht auf. Irgendwo muss man Kompromisse schließen. Es gilt, ein vertretbares Gleichgewicht herzustellen zwischen den drei Komponenten der nachhaltigen Entwicklung: Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Andere Parteien stellen die Umwelt oder die Wirtschaft besonders in den Vordergrund. Für die Sozialisten muss das Soziale zu seinem kommen, sonst sind die beiden anderen Komponenten wertlos.

*Das Interview führte Raymond Klein.*